

LHStv Wohlgemuth: „Staatsbürgerschaft steht am Ende eines gelungenen Integrationsprozesses“

24.8.2026 - | Land Tirol

Einbürgerungen in Tirol nehmen weiter zu.

- 725 Verleihungen im ersten Halbjahr 2026 – rund 24 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum
- Mehr als 1.100 AntragstellerInnen bis Ende Juli – Land optimiert Abläufe

Die Zahl der Einbürgerungen in Tirol ist im ersten Halbjahr 2026 erneut gestiegen. Insgesamt wurde von Jänner bis Ende Juni 725 Personen die österreichische Staatsbürgerschaft verliehen. Im Vergleichszeitraum 2025 waren es 585, im ersten Halbjahr 2024 noch 488 Verleihungen. Damit liegt die Zahl der Einbürgerungen heuer um rund 24 Prozent über dem Vorjahreswert und um knapp 49 Prozent über dem Vergleichszeitraum 2024.

„Die österreichische Staatsbürgerschaft steht am Ende eines erfolgreichen Integrationsprozesses. Wer die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt, sich hier ein Leben aufgebaut hat und dauerhaft Teil unserer Gesellschaft ist, soll ein faires und ordentliches Verfahren erwarten können. Gleichzeitig ist die Staatsbürgerschaft mit klaren Rechten und Pflichten verbunden. Deshalb müssen die gesetzlichen Voraussetzungen in jedem einzelnen Fall sorgfältig geprüft werden“, betont der für Staatsbürgerschaftsangelegenheiten zuständige LHStv Philip Wohlgemuth.

Mehr als 1.100 Anträge bis Ende Juli

Auch bei den Anträgen setzt sich der Anstieg fort. Bis Ende Juli 2026 wurden bereits 1.161 Antragsteller verzeichnet, davon 365 syrische, 188 afghanische und 122 türkische Staatsangehörige. Zum Vergleich: Im gesamten Jahr 2025 waren es 1.879 Antragsteller, 2024 insgesamt 1.291. Allein im ersten Halbjahr 2026 wurden 1.018 Antragsteller registriert – gegenüber 931 im Vergleichszeitraum 2025 und 586 im ersten Halbjahr 2024.

Die steigenden Zahlen stellen auch die zuständige Abteilung des Landes vor Herausforderungen. Auffällig ist insbesondere die zunehmende Zahl von Anträgen, bei denen die gesetzlichen Verleihungsvoraussetzungen nicht erfüllt sind. Während 2024 insgesamt 32 Abweisungsbescheide ausgestellt wurden und 2025 49, waren es 2026 bislang bereits 74.

„Unser Anspruch ist klar: Wer einen Antrag stellt, hat ein Recht auf eine sorgfältige Prüfung und eine verlässliche Abwicklung. Gleichzeitig müssen wir angesichts steigender Antragszahlen unsere Abläufe laufend weiterentwickeln, damit die vorhandenen Ressourcen möglichst unmittelbar für die Bearbeitung der Verfahren eingesetzt werden können“, so LHStv Wohlgemuth.

Neue Gruppenberatung schafft mehr Zeit für Verfahren

Dafür wurden die internen Abläufe bereits angepasst. Seit November 2025 werden neue Fälle abhängig von Beschäftigungsausmaß und weiteren Zuständigkeiten der SachbearbeiterInnen in der Reihenfolge ihres Einlangens verteilt. Dadurch soll eine ausgewogenere Verteilung der Verfahren gewährleistet werden.

Seit April 2026 setzt das Land zudem auf ein neues Beratungsmodell. Statt individueller Erstberatungen finden einmal monatlich zwei Informationsveranstaltungen für jeweils bis zu 80 Personen statt – eine für Menschen mit internationalem Schutz und eine für Drittstaatsangehörige mit Aufenthaltstiteln sowie UnionsbürgerInnen. Die bisherigen Erfahrungen sind positiv: Die Qualität der anschließend eingebrachten Anträge ist laut zuständiger Abteilung nicht geringer als nach den früheren Einzelberatungen, gleichzeitig bleibt den Sachbearbeiter mehr Zeit für die eigentliche Bearbeitung der Verfahren.

„Bei steigenden Fallzahlen müssen wir dort effizienter werden, wo es möglich ist, ohne bei der Qualität der Verfahren Abstriche zu machen. Die neue Gruppenberatung ist dafür ein gutes Beispiel: Wir stellen weiterhin umfassende Informationen zur Verfügung und schaffen gleichzeitig mehr Kapazitäten für die Bearbeitung der Anträge“, erklärt LHStv Wohlgemuth.

Zu den größten Herausforderungen in der Vollziehung zählen weiterhin komplexe Verfahren von Personen aus Staaten, in denen notwendige Personenstandsdokumente teilweise nicht verfügbar sind, sowie Verfahren rund um gesundheitlich begründete Ausnahmen vom Nachweis der Deutsch- und Geschichtskenntnisse.

„Die Staatsbürgerschaft ist ein besonderer Schritt. Entsprechend verantwortungsvoll müssen wir damit umgehen: mit klaren Voraussetzungen, einer sorgfältigen Prüfung und Verfahren, die so effizient wie möglich abgewickelt werden. Genau diesen Weg werden wir in Tirol weitergehen“, so LHStv Wohlgemuth abschließend.

<https://www.tirol.gv.at/presse/meldungen/meldung/lhstv-wohlgemuth-staatsbuergerschaft-steht-am-ende-eines-gelungenen-integrationsprozesses>